

BDF Brandenburg-Berlin · Friedrichstraße 169 · 10117 Berlin

An den Vorsitzenden der
Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor
dem Hintergrund des demografischen Wandels“ (EK 6/1)
Herrn Wolfgang Roick MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

BDF Brandenburg-Berlin

Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Fon 030 – 65 700 102
Fax 030 – 65 700 104
Mail brandenburg-berlin@
BDF-online.de

12. Dezember 2017

**Stellungnahme zum angekündigten Zwischenberichtes der Enquete-Kommission 6/1:
Themen Wald, Forst- und Holzwirtschaft berücksichtigen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Roick, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission 6/1,

der BDF als Interessenvertretung der Menschen des ländlichen Raumes in Brandenburg, die im Wald und in der Forst- und Holzwirtschaft den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien erwirtschaften, nimmt die Verschiebung der für den 08.12.2017 geplanten Vorlage des Zwischenberichtes der Enquete-Kommission 6/1 zum Anlass, unter Bezug auf den Vorab-Entwurf vom 15.11.2017, sein Unverständnis darüber auszudrücken, dass die Themen Wald, Forst und Holz, insbesondere im Themenfeld 2 – Regionale Wertschöpfung und Beschäftigung, bislang keinerlei Rolle spielen!

Das ist umso unverständlicher, da unsere Mitglieder auf verschiedenen Veranstaltungen in den letzten zwei Jahren gegenüber Vertretern der Enquete-Kommission 6/1 das Fehlen des Waldthemas bereits mehrfach kritisierten und viele andere für die Zukunft der ländlichen Regionen essenzielle Themen in dem Zwischenbericht angesprochen werden. Darüber sind wir überaus enttäuscht und sehen uns jetzt zu einer ausführlichen Stellungnahme veranlasst.

In der Erwartung, dass unsere Kritik, Hinweise und Argumente nunmehr Einfluss in die Arbeit der Enquete-Kommission finden werden, sehen wir die Verschiebung des Zwischenberichtes sogar positiv.

7.000 Arbeitsplätze im ländlichen Raum mit viel Luft nach oben

Brandenburg ist eines der walddreichsten Bundesländer in Deutschland. 37 Prozent der Landesfläche ist bewaldet. Dieser Wald produziert jährlich 11,7 Mio. Kubikmeter Rohholz und ist damit bereits heute Basis für mehr als 7.000 Arbeitsplätze in der Forst und Holzwirtschaft im ländlichen Raum.

Bundesweit bietet das Cluster Forst und Holz bereits heute insgesamt 1,1 Mio. Arbeitsplätze, mehr Arbeitsplätze als die Automobilindustrie.

Über 100.000 Brandenburger verfügen über eigenen Wald. Der Wald bindet das Klimagas CO₂, ist Lebensraum unzähliger Tier- und Pflanzenarten, liefert wertvolles Wildbret, ist Standort von bislang 282 Windkraftanlagen und zugleich Erlebnis- und Erholungsraum für Millionen von Menschen.

Die Ressource Wald steht in den nächsten Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Zum einen besteht die Gefahr, dass der Klimawandel die Leistungsfähigkeit dieses sensiblen Ökosystems einschränkt, zum anderen steigt die Nachfrage nach dem einzigen nachwachsenden Rohstoff und Kohlenstoffträger Holz weltweit. Neben den seit Jahrzehnten die Holznutzung dominierenden Feldern in der Säge- und Holzwerkstoffindustrie, der Papier und -Zellstoffindustrie sowie der energetischen Verwendung, entwickelt sich gegenwärtig das Feld der Bioraffinerie rasant.

Bereits im Jahr 2009 wurde auf Beschluss der Bundesregierung der Bioökonomierat einberufen. Er berät die Bundesregierung bei der Umsetzung der „Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ mit dem Ziel, optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen für eine biobasierte Wirtschaft zu schaffen. Das Ziel des Bioökonomierates ist es, in Deutschland Sektor übergreifend eine biobasierte Wirtschaft zu etablieren, die ohne fossile Rohstoffe auskommt.

Wir erleben heute den beginnenden Übergang von einer fossil-basierten zu einer bio-basierten Wirtschaft und das vor dem Hintergrund des bereits im vollen Gang befindlichen Übergangs von der fossil-atomaren Energieerzeugung zur Nutzung der erneuerbaren Energien.

Wald als wirtschaftliche Chance für den ländlichen Raum

Mit den großen Herausforderungen an den Brandenburger Wald verbinden sich aber auch Chancen für eine wirtschaftliche Entwicklung gerade für den ländlichen Raum. Diesem Fakt muss die brandenburgische Politik durch eine zielgerichtete Entwicklung der Forst- und Holzwirtschaft endlich Rechnung tragen!

Zutreffend stellt der vorliegende Zwischenbericht fest: „dass Arbeitsplatz- und Wertschöpfungspotentiale wichtige Einflussfaktoren sind, ob Menschen aus einer Region abwandern oder diese als attraktiv ansehen.“ „Die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt maßgeblich, ob Menschen in der Region für sich eine Zukunft sehen.“

Der Ergebnisbericht, zu der durch die Enquete-Kommission 6/1 beauftragten Bürgerbefragung, zu Einschätzungen und Zukunftserwartungen hinsichtlich regionaler Entwicklung arbeitet als Kernergebnis heraus, dass hinsichtlich der Natur- und Umweltbedingungen die Lebensbedingungen in der Region, vier von zehn der Befragten diese in ihrer näheren Umgebung als "sehr gut" einschätzen und knapp jeder Zweite als "gut" beurteilt. Anders verhält es sich mit der Verfügbarkeit von geeigneten Arbeitsplätzen. Hier überwiegen die negativen Bewertungen. Folgerichtig nannten die Teilnehmer der Befragung auf die Frage, was sich ihrer Meinung nach in den nächsten zehn Jahren

ändern müsste, damit auch für nachfolgende Generationen das Leben in ihrem Ort bzw. in ihrer Gegend attraktiv ist, mit Abstand am häufigsten die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Gegenwärtig lebt Brandenburg und insbesondere die Lausitz noch vom Rohstoff Braunkohle. Damit gehört Brandenburg aber auch zu den Top 5 der Länder mit der klimaschädlichsten Stromproduktion in Deutschland. Das soll sich ändern!

Wald kann die Folgen der Braunkohle heilen

Das Ende 2016 in Kraft getretene Pariser Übereinkommen benennt die nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Erweiterung des Kohlenstoffspeichers Wald als zentrale Elemente der Klimaschutzmaßnahmen, die bis 2050 zur drastischen Reduzierung der CO₂-Emissionen, sowie zur Rückholung von CO₂ aus der Atmosphäre und seiner Speicherung umzusetzen sind. Genau hierin liegt, nach Ansicht des BDF Brandenburg-Berlin, die Chance zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung der ländlichen Regionen in Brandenburg.

Die Staaten der Weltgemeinschaft haben sich auf der gerade zu Ende gegangenen Weltklimakonferenz in Bonn darauf verständigt, bis zum Jahr 2030 350 Mio. Hektar Wald wieder aufzubauen. Das Potenzial zur Waldflächenerweiterung ist auch in Brandenburg gegeben. Über 100.000 Hektar Fläche hat der Braunkohlenabbau bereits verschlungen. In Größenordnungen ging Wald verloren. Wald muss deshalb zu einem wichtigen Bestandteil der Bergbaufolgelandschaften werden.

Diese Herkulesaufgabe jedoch werden die Braunkohleunternehmen allein nicht lösen können. Gefordert ist die volle Unterstützung der Landespolitik, die den wissenschaftlichen Vorlauf für das Gelingen dieser Aufgabe und die Förderung der Entwicklung forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen gewährleisten muss.

Das weltweite Bevölkerungswachstum führt bereits jetzt zur allgemeinen Ressourcenverknappung. Am Ende des Jahrhunderts werden viele Ressourcen erschöpft sein. Nur Holz, aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern, wird zur Verfügung stehen. Ein einmal begründeter Wald braucht jedoch 100 Jahre Entwicklungszeit, um seine volle Leistungsfähigkeit zu entfalten.

Zerstören wir unsere Landschaft nicht weiter, um immer tiefer und tiefer nach Rohstoffen zu graben oder CO₂ zu verstecken. Nutzen wir unsere Landschaft, um den Rohstoff der Zukunft zu produzieren. Machen wir aus dem rohstoffarmen Land Brandenburg ein rohstoffreiches Land! Nicht zuletzt fordert das Landeswaldgesetz „den Wald erforderlichenfalls zu mehren“ und dieses Erfordernis, den Wald zu mehren, ist nunmehr akut gegeben! Jetzt gilt es keine Zeit mehr zu verlieren, um mit der Umsetzung dieser Aufgabe zu beginnen.

Forst- und Holzwirtschaft sind essentieller Bestandteil der Daseinsvorsorge für den ländlichen Raum

Brandenburg verfügt über eine hochentwickelte, an einem globalen Markt operierende Holzindustrie, sowie über zahlreiche mittelständische holzverarbeitende Betriebe und hochmechanisierte forstliche Lohnunternehmen, die wertvolle Arbeitsplätze für den ländlichen Raum sichern. Sie alle benötigen den Rohstoff Holz aus den brandenburgischen Wäldern.

Die vielfältigen Eigentums- und Bewirtschaftungsformen wie Landeswald, Privatwald, Kleinprivatwald und Körperschaftswald sowie die Tätigkeit der unteren Forstbehörden garantieren deren Versorgung! Forst- und Holzwirtschaft sind auf diese Weise, gemeinsam mit den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt und Tourismus essentieller Bestandteil einer wirkungsvollen Daseinsvorsorge für die ländlichen Regionen.

In diesem Zusammenhang fordert der BDF den Erhalt der gut und effizient arbeitenden Landesforstverwaltung. Die vor einigen Jahren erfolgte Trennung von Waldbewirtschaftung und Forstbehörde gilt es kritisch zu hinterfragen.

Stand doch die geplante Funktionalreform aus unserer Sicht im eklatanten Widerspruch zum Landeswaldgesetz (LWG). Dieses hatte der Landtag Brandenburg im April 2004 „im Bewusstsein der besonderen Bedeutung des Waldes für die Allgemeinheit“ beschlossen (§1 LWG).

Nach unserer Überzeugung brachte der Gesetzgeber damit zum Ausdruck, dass es sich bei den unteren Forstbehörden eben nicht um eine Verwaltungsaufgabenebene handelt, auf welcher Entscheidungen mit nur örtlichen Wirkungen, unter Beteiligung der örtlichen Akteure zu treffen sind und diese Aufgabe deshalb zu einer kommunalen Selbstverwaltungsaufgabe werden sollte, sondern um eine Verwaltungsaufgabenebene, welche – wegen der besonderen Bedeutung des Waldes für die Allgemeinheit - ein fachliches Weisungsrecht des Landes erfordert (Pkt. 2.2 u. 4.1 des Leitbildentwurfes).

Der Wald als komplexes Ökosystem kennt keine Kreisgrenzen und ist zunehmend von den Auswirkungen des globalen Klimawandels beeinflusst und der Wald liefert mit den Rohstoff Holz den Rohstoff der Zukunft überhaupt, wenn landesweit sichergestellt ist, dass der Wald nachhaltig bewirtschaftet wird.

Der BDF fordert von Regierung und Parlament, endlich den Stellenabbau in der Landesforstverwaltung zu beenden und unverzüglich einen deutlichen Einstellungskorridor zu schaffen. In Zeiten größter Herausforderungen an den Wald bedarf es einer Vielzahl junger, gut ausgebildeter Försterinnen und Förster, Forstwirtinnen und Forstwirte!

Bauen mit Holz ist aktiver Klimaschutz

Die Nutzung von Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung, wenn es zum Bauen genutzt wird, ist aktiver Klimaschutz. Langlebige Holzprodukte haben zudem einen doppelten Vorteil: Durch die Speicherung von Kohlenstoff über lange Zeiträume erweitern diese den Waldspeicher und langlebige

Holzprodukte ersetzen ihre Materialwettbewerber (z.B. viele Produkte aus Beton, Aluminium oder Kunststoff), die bei ihrer Herstellung hohe CO₂ Emissionen verursachen.

Nach dem Willen des Bundesbauministeriums sollen in den kommenden Jahren in Deutschland so viele Wohnungen neu gebaut werden wie lange nicht mehr. Gesucht sind neue, innovative Konzepte des Wohnungsbaus, die bereits in wenigen Monaten in Deutschlands Städten für zeitgemäßen Wohnraum und eine Marktentlastung sorgen können. Der Präsident des Deutschen Holzwirtschaftsrates (DHWR), Xaver Haas, sieht hierin „eine Steilvorlage für den Holzbau“. Der Berliner Senat will Berlin gar zur Holzbauhauptstadt machen.

Diese Tatsachen muss die Wirtschaftspolitik in Brandenburg bei der Entwicklung von Konzepten für einen zukunftsfähigen ländlichen Raum berücksichtigen, die Entwicklung der Holzindustrie in die Richtung nachhaltigen Bauens fördern und dieses Feld nicht nur der gut entwickelten süddeutschen Holzwirtschaft überlassen.

Die vielfältigen Potenziale der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde für die Qualifizierung vom jungen Menschen, die sich für die zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes engagieren wollen, gilt es zu nutzen und zu stärken. Dazu gehört auch die Stärkung des Bereiches Holzingenieurwesen, um das Bauen mit Holz als Maßnahme zum Klimaschutz in Brandenburg zu fördern.

Die Landesbauordnung darf das Bauen mit Holz nicht länger gegenüber anderen Formen des Bauens benachteiligen. Sie muss entsprechend geändert und ungerechtfertigte administrative Hemmnisse und Begrenzungen der Holzverwendung im Bauwesen müssen beseitigt werden.

Der BDF Brandenburg-Berlin fordert die Enquete-Kommission 6/1 auf, bei den zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen an die Landespolitik zur Sicherung der Zukunft der ländlichen Regionen, die ökologischen wie ökonomischen Leistungen der brandenburgischen Forst- und Holzwirtschaft nicht länger zu ignorieren, sondern die Forst- und Holzwirtschaft als Bestandteil von Lösungen für eine gesicherte Zukunft des ländlichen Raumes in Brandenburg zu behandeln.

Vorreiter werden und Ideen und Erfahrungen anderer Bundesländer nutzen

„Brandenburg soll zum Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Regionen werden“, heißt es im Handlungsauftrag an die Enquete-Kommission 6/1.

Am Anfang der Entwicklung des Landes Brandenburg stand häufig der Blick nach Nordrhein-Westfalen. Ein Blick über den eigenen Tellerrand in dieses Bundesland, welches gegenwärtig auch noch ein gutes Stück von der Braunkohle lebt und nur über einen Waldanteil von 27 Prozent verfügt, könnte sich ein weiteres Mal lohnen.

Wald als beachtliches Potential für einen nachhaltigkeitsgeprägten Wirtschaftsstandort

Die neu gewählte Landesregierung NRW formulierte in der Koalitionsvereinbarung zu ihren politischen Zielstellungen für die Forst- und Holzwirtschaft:

„Unsere Waldlandschaften sind die grünen Lungen in Rheinland, Westfalen und Lippe. Wir sehen in ihnen zugleich ein beachtliches Potential für einen nachhaltigkeitsgeprägten Wirtschaftsstandort. Dieses Potential wollen wir kooperativ für den Klimawandel rüsten und ökonomisch besser aktivieren. Dazu leistet der Landesbetrieb Wald und Holz einen wesentlichen Beitrag. Das Konzept der multifunktionalen Forstwirtschaft und eines integrativen Waldnutzungsmodells wollen wir weiterentwickeln. Das Cluster Forst & Holz NRW werden wir weiterführen. Eine großflächige Stilllegung landeseigener Forsten lehnen wir ab, sofern sie nicht naturschutzfachlich oder forstwirtschaftlich zum Beispiel für Naturwaldzellen oder Wildnisgebiete zwingend erforderlich ist. Die Initiative des Landes zu einer verbesserten Holzmobilisierung werden wir ausbauen und u.a. das Bauen mit Holz gegenüber anderen Formen des Bauens nicht länger benachteiligen. In den letzten Jahren wurde es versäumt, eine tragfähige kartellrechtskonforme Beratung und Holzvermarktung sicherzustellen. Diese wollen wir im Dialog mit den maßgeblichen Beteiligten erzielen. Es gilt, den Wettbewerb zu stärken und mit einer zielgerechten Förderung die reichhaltigen Privatwaldstrukturen zu bewahren und zu entwickeln. Die private Vermarktung und Beförderung wollen wir stärker unterstützen und entsprechende Modellprojekte fortführen, um den Wettbewerb zu stärken. Hohe Qualitätsstandards in der Beförderung müssen stets garantiert sein. Die Forstliche Umweltbildung wollen wir im Forstgesetz verankern.“

Mecklenburgs Landwirtschaftsminister Backhaus sieht in „der Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz eine gesellschaftliche Verpflichtung, um vor allem im ländlichen Raum Arbeitsplätze zu sichern und zu mehren. Die Erhaltung und Erweiterung des Wirtschaftsbereiches Forst und Holz dient der Entwicklung des strukturarmen ländlichen Raumes. Aufgrund der vielseitigen Einsatzmöglichkeiten von Holz liegen im Bereich der Wertschöpfung weitere Potentiale für Beschäftigung.“

Die Mitglieder des BDF Brandenburg-Berlin sind bereit, sich an der Suche nach zukunftsorientierten Lösungen aktiv zu beteiligen und Brandenburg zu einem Vorreiter der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Regionen zu machen.

Wir erwarten von der Enquete-Kommission 6/1, dass unsere Vorschläge aufgegriffen werden und am Ende einfließen in die Empfehlungen an den Landtag und die Landesregierung für die Sicherung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung der ländlichen Regionen in Brandenburg.

Erste Ansätze in die richtige Richtung erkennen wir in dem am 13.10.2017 von der SPD-Landtagsfraktion beschlossenen Strategiepapier „Neue Perspektiven für die ländlichen Räume in Brandenburg“.

Gespannt sind wir auf die Inhalte des wissenschaftlichen Gutachtens zum Thema *Wertschöpfung, Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik in den ländlichen Regionen Brandenburgs*, welches der

Enquete-Kommission im Februar 2018 vorliegen soll, da ausgehend von diesen Befunden die Berichterstattungsgruppe Aussagen zur künftigen Bedeutung der unterschiedlichen Wirtschaftsbereiche für die Entwicklung ländlicher Regionen Brandenburgs, unter Einbeziehung der Notwendigkeit Nachhaltiger Entwicklung und Zukunftstrends wie zum Beispiel dem Klimawandel, treffen will.

Wir sind gern bereit, in einem Gespräch unsere Hinweise und Argumente zu erläutern.
Mit freundlichen Grüßen

Uwe Engelmann
BDF Landesvorsitzender